

## Europäische Union: Gravierende Demokratiedefizite

von Hans-Dieter Bottke

Bevor ich wesentliche Demokratiedefizite der Europäischen Union kurz aufliste und begründe, möchte ich folgendes betonen: Vieles von dem, das mit der sogenannten ‚Europäischen Idee‘ verbunden wird, unterstützt mich nachdrücklich! Es sind dies vor allem die im Zuge langer geschichtlicher Prozesse entwickelten Werte wie die jedem Menschen gleichermaßen zukommende Würde, die daraus abgeleiteten Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung sowie der seit dem Ende des furchtbaren Zweiten Weltkrieges etablierte Friedensgedanke: Ein sehr großer historischer Fortschritt besteht in der Schaffung einer stabilen Friedenszone in Europa von früher sich immer wieder bekriegenden Staaten, sodass sich in meiner Generation – ich bin 1966 geboren worden – wohl kaum jemand mehr ernsthaft vorstellen kann, gegeneinander Krieg zu führen. Ebenfalls empfindet eine große Mehrheit der Bevölkerung in allen Mitgliedstaaten die Freizügigkeit, welche sich nicht nur auf das Reisen beschränkt, mit ihren vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen als im wesentlichen sehr positiv. Neben dem **Binnenmarkt** möchte ich hier vor allem auch die Möglichkeiten des **intensiven gegenseitigen Kennenlernens der jungen Menschen in Europa hervorheben**, so beispielsweise das ‚Erasmus-Programm‘, welches sich vornehmlich an Studenten richtet. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich dieses Programm noch viel stärker auch an **Auszubildende** zukünftig wendete. **Kein vernünftiger Mensch wird auf derartige Fortschritte verzichten wollen!**

### Nun zu Kritikpunkten hinsichtlich einiger gravierender Demokratiedefizite:

1. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament wird ein elementares demokratisches Prinzip verletzt, nämlich die gleiche Gewichtung der Stimmen eines jeden Wahlbürgers: Die Stimmen eines deutschen oder französischen Wählers wiegen deutlich weniger als die eines Dänen oder gar Luxemburgers. Damit wird auf europäischer Ebene das Prinzip ‚Ein Mensch / Wähler, eine Stimme‘ verletzt. Dies wird damit begründet, dass bei einer Einhaltung dieses demokratischen Grundprinzips die kleinen Länder durch noch weniger Abgeordnete als zurzeit vertreten

wären und bei sehr kleinen Ländern vielleicht gar kein Abgeordneter mehr ins Europäische Parlament entsandt werden könnte, oder aber dass das Parlament noch viel mehr Abgeordnete haben müsste und dann kaum noch arbeitsfähig wäre. Obwohl ich diese Argumentation durchaus nachvollziehen kann, rechtfertigt sie meiner Meinung nach keinesfalls die Verletzung demokratischer Grundprinzipien.

2. Die oben aufgeführten Argumente **für** das derzeitige Wahlverfahren zum Europäischen Parlament weisen auf ein weiteres gravierendes Demokratiedefizit auf europäischer Ebene hin: Wenn man befürchtet, dass kleinere Länder bei einer Gleichgewichtung der Stimmen unterrepräsentiert wären, heißt dies nichts anderes, als dass es zurzeit kein europäisches Staatsvolk gibt, sondern vielmehr die Hauptidentifikationsquelle der meisten Menschen und Wähler in den Nationalstaaten zu finden ist: Die Menschen fühlen sich zunächst als Franzosen, Engländer, Italiener, Spanier, Griechen oder Deutsche und dann erst als Europäer. Denn beispielsweise käme in Deutschland bei der Wahl zum Bundestag ja auch niemand ernsthaft auf den Gedanken, dass die Stimme eines Bremer viel stärker im nationalen Parlament gewichtet werden müsste, als die eines Bayern, weil die Bremer im Bundestag ansonsten durch zu wenige Abgeordnete vertreten wären.
3. Daraus leitet sich zudem das ganz grundlegende demokratische Defizit einer fehlenden **europäischen** politischen Öffentlichkeit ab: Notwendige Diskussionsprozesse können schon allein wegen der Sprachbarrieren nicht gesamteuropäisch stattfinden. Trotz vielfältiger gemeinsamer kultureller Wurzeln gibt es dennoch kein ‚europäisches Volk‘ und damit keinen legitimen Souverän, wobei die verschiedenen Muttersprachen nur ein, wenn auch sehr wichtiger Ausdruck der verschiedenen Nationalkulturen sind. Solange es aber ein die Demokratie legitimierendes Staatsvolk nicht gibt, weil die meisten Menschen in Europa dies zurzeit nicht wollen, existiert überhaupt keine Grundlage für demokratische Entscheidungen. Infolgedessen dürfen nicht so viele und wichtige Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden, sondern es müssen Regelungen gefunden werden, welche die bisherigen Nationalstaaten mit

Kernkompetenzen weiterbestehen lassen. Allerdings werden schon heute viele wichtige Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen, welche die Befugnisse der nationalen Parlamente in erheblicher Weise einschränken, sodass die Bürger durch die Wahl ihrer nationalen Abgeordneten kaum oder gar keinen Einfluss mehr auf wichtige Politikfelder nehmen können. Und dies geschieht auch unter Mitwirkung des Europäischen Parlamentes, welches eben aus mehreren Gründen – wie oben bereits ausgeführt – dazu eigentlich nicht entsprechend demokatisch legitimiert ist.

4. Ein weiteres Demokratiedefizit gepaart mit einer Verletzung der Gewaltenteilung stellen die Europäischen Räte der Regierungschefs bzw. die Ministerräte dar: Die verschiedenen Europäischen Räte, besetzt mit Vertretern der Exekutive sollten als Regierungsvertreter keine Gesetzgebungskompetenz besitzen, da dies die Gewaltenteilung aufhebt. In der politischen Praxis werden von diesen Räten sehr häufig weitreichende Entscheidungen getroffen, welche das Leben der Menschen in der Europäischen Union stark beeinflussen, ohne dass ein hinreichender öffentlicher Diskussionsprozess stattgefunden hat oder dass die eigentlich zur Gesetzgebung legitimierten Abgeordneten in den nationalen Parlamenten eine auch nur annähernd hinreichende Mitwirkung und Kontrolle dabei eingeräumt wird. Durch Beschlüsse, die von den genannten Räten auf europäischer Ebene ganz wesentlich mit entschieden werden, entsteht europäisches Recht, welches in den Staaten kaum oder gar nicht mehr von den nationalen Parlamenten mit ihren demokratisch gewählten Abgeordneten mitgestaltet oder gar abgelehnt, sondern nur noch abgenickt werden kann.

Nachfolgend möchte ich nochmals auf das Problem der unterschiedlichen Stimmengewichtung bei den Europawahlen eingehen und dabei auch Stellung beziehen zu Meinungen, welche eine solche Praxis für akzeptabel halten. Insbesondere im politischen Diskurs sind diese im Zuge von Europawahlen aus vielen Parteien vorgebracht worden: Es wird teilweise versucht, die undemokratische Ungleichbehandlung auf europäischer Ebene damit zu rechtfertigen, dass eine solche Un-

gleichbehandlung auch in Deutschland bei der Stimmgewichtung über den Bundesrat vorzufinden ist.

Zunächst soll diese tatsächlich vorhandene Ungleichbehandlung kurz erklärt werden: Im Bundesrat, welcher mit dem Bundestag bei der Gesetzgebung auf Bundesebene zusammenwirkt, sind die Länder durch ihre Landesregierungen vertreten, wobei größere Länder wie Bayern zwar mehr Stimmen haben als kleinere wie Bremen, aber die Gewichtung der Stimmen im Bundesrat nicht dem Bevölkerungsanteil entspricht. Infolgedessen sind kleinere Länder im Bundesrat stärker vertreten, als es ihrem Bevölkerungsanteil bezogen auf Gesamtdeutschland entspricht. Somit wiegen indirekt die Stimmen aus kleineren Ländern über die Vertretung der Länder im Bundesrat schwerer als diejenigen in größeren.

Nun möchte ich diese beiden Ungleichbehandlungen kurz bewerten: Zunächst handelt es sich in beiden Fällen – also bei Wahlen zum Europäischen Parlament wie bei der Stimmgewichtung im deutschen Bundesrat – tatsächlich um eine undemokratische Ungleichbehandlung der Wähler. Allerdings findet sie auf europäischer Ebene **direkt** statt, d.h. dass die Stimmen der Wähler je nach Land sehr unterschiedlich gewichtet werden, wohingegen beim deutschen Bundesrat dies **indirekt** über die Vertreter der Landesregierungen im Bundesrat geschieht. Bei Wahlen zum deutschen Bundestag wie bei den Wahlen zu den Landesparlamenten findet eine derartige Ungleichbehandlung selbstverständlich nicht statt. Dies sollte zunächst als Unterschied zwischen der europäischen und der deutschen Ebene deutlich gemacht werden.

Dennoch kritisiere ich auch die unterschiedliche indirekte Gewichtung der Stimmen im Bundesrat eindeutig als undemokratisch. Und dies tue ich, obwohl ich als ein Wähler aus Rheinland-Pfalz davon profitiere, weil meiner Stimme indirekt über den Bundesrat ein höheres Gewicht zukommt, als beispielsweise derjenigen eines Wählers aus Nordrhein-Westfalen. Aber als überzeugter Demokrat will ich selber weder bevorzugt noch benachteiligt werden. Daher setzte ich mich schon seit vielen Jahren auch für eine Beseitigung dieser Ungleichbehandlung auf deutscher Ebene ein und habe mehrere Vorschläge zur Reform unseres Föderalismus' gemacht sowie begründet, wobei es aber keineswegs nur um diese Ungleichbehandlung geht.

## **Abschließende Bemerkungen:**

In vielen, wenn nicht gar in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union herrscht bei der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ein Bewusstsein vor, welches im Nationalstaat die entscheidende Institution der demokratischen Legitimation sieht und eben nicht in Europa als Ganzem. Es gibt kein europäisches Staatsvolk, solange die allermeisten Menschen dies nicht wollen, und sie wollen es zurzeit nicht! Sie verstehen sich zunächst einmal als Bürger eines bestimmten Landes und dann erst als Europäer. Infolgedessen müssen die wesentlichen Entscheidungen, die das Zusammenleben in einem Land regeln, dort durch demokratische Verfahren getroffen werden, um Legitimität beanspruchen zu können. Dem stehen selbstverständlich gesamteuropäische Abkommen nicht prinzipiell entgegen, wie beispielsweise ein gemeinsamer Markt verbunden mit Reise- und Niederlassungsfreiheit. Nur muss jedes Land eben für sich **demokratisch** entscheiden, wie weit die Integration für dasselbe gehen soll. **Ich wende mich hiermit also keineswegs grundsätzlich gegen verstärkte Integrations schritte, sondern nur gegen von politischen Eliten verordnete ohne hinreichende demokratische Mitwirkung und letztlich Zustimmung der davon betroffenen Bürger!** Es ist daher prinzipiell möglich, wenn es dem Willen der Mehrheit der Menschen in einigen Ländern entspricht, verstärkt Kompetenzen an eine supranationale Institution abzugeben, welche dann natürlich einer gemeinsamen demokratischen Kontrolle unterliegen muss. Dabei kann es durchaus zu einem staatsähnlichen Gebilde kommen, wodurch wesentliche, ursprünglich nationale Kompetenzen auf die neue Ebene übertragen werden. Solange es aber eine wie gerade beschriebene demokratisch durch Volksabstimmungen legitimierte Entscheidung in den jeweiligen Nationalstaaten nicht gibt, darf kein Land, ob groß oder klein, durch eine mögliche gesamteuropäische Mehrheit bei Wahlen oder auch durch direkte Abstimmungen zu etwas gezwungen werden, was die Menschen in diesem Land nicht wollen bzw. worüber sie zuvor gar nicht erst die Möglichkeit erhalten hatten demokratisch abzustimmen.

Eine ungleiche Stimmengewichtung der Wählerstimmen bei Parlamentswahlen sowie direkten Volksabstimmungen ist aus demokratischer Sicht **prinzipiell inakzeptabel** und letztlich nicht zu legitimieren. Der Verweis auf derartige Ungleichgewichtungen beispielsweise in

Deutschland, wo über den Bundesrat die Länder mit ihrem Stimmge-  
wicht nicht genau entsprechend ihrer Bevölkerungszahl repräsentiert  
sind, kann nicht als Legitimation herangezogen werden, weil ein Ver-  
stoß gegen demokratische Grundprinzipien in einem Land einen ande-  
ren auf EU-Ebene nicht rechtfertigen kann. Zudem wende ich mich  
selbstverständlich auch gegen die indirekte Ungleichgewichtung in  
Deutschland genauso wie gegen diejenige auf europäischer Ebene.  
Und dies geschieht unabhängig davon, ob ich selber durch eine solche  
Ungleichgewichtung bevorzugt – wie in Deutschland als Wähler aus  
Rheinland-Pfalz – oder benachteiligt werde, wie als deutscher Wähler  
bei der Wahl zum EU-Parlament.

Wenn Großteile der politischen Elite in Europa trotz alledem so weiter  
machen sollten wie bisher und dabei erst gar nicht den Mehrheits-  
willen der Menschen durch legitime Abstimmungen ermitteln lassen  
und zudem noch auf vielfältige Weise demokratische Grundsätze in  
eklatanter Weise verletzten, wie oben dargelegt, laufen sie Gefahr,  
viele positive sowie von den meisten Menschen bisher sehr geschätzte  
Errungenschaften der Europäischen Union zu gefährden, weil auch sie  
dann eine Ablehnung infolge einer verstärkt um sich greifenden Euro-  
paskepsis erfahren könnten. Solche Entwicklungen mussten wir leider  
beispielsweise im Zuge der Eurokrise vor allem in vielen südlichen  
Ländern im Rahmen der sog. „Eurorettungspolitik“ zur Kenntnis  
nehmen. Und auch in den nördlichen Geberländern wächst der Unmut  
bei vielen Menschen!

Meine Hoffnung besteht darin, dass einerseits immer mehr Politiker  
zu der Überzeugung gelangen, dass man ohne oder gegen das eigene  
Volk dauerhaft keine erfolgreiche und schon gar keine legitime Politik  
betreiben kann bzw. darf und andererseits, dass die Menschen immer  
stärker ihre demokratischen Rechte öffentlich und mit Nachdruck  
einfordern.

---

Kontakt: Dr. Hans-Dieter Bottke, Idar-Oberstein, [info@drbottke.de](mailto:info@drbottke.de)